

DIE OPPOSITION.

AUSGABE 3

Informationsblatt der
Landtagsfraktion DIE LINKE.
Sachsen-Anhalt

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

www.dielinke-fraktion-lsa.de

Rechtsruck nicht normalisieren sondern dagegenhalten

Mit dem Einzug der rechtsextremen AfD-Fraktion in den Landtag verändert sich die politische Kultur nicht nur im Parlament, und sie wird auch gewalttätiger. Die CDU steigt dennoch immer wieder in Kampagnen der extremen Rechten ein, verstärkt sie und verhilft ihnen teilweise zum Erfolg. Die Fraktion DIE LINKE hält dagegen.

Will man die Vorfälle zusammentragen, bei denen AfD-Landtagsabgeordnete im Zusammenhang mit rechter Gewalt auftauchen, wird die Liste inzwischen immer länger. Beim Sommerfest des Landtags wurden unsere Fraktionsmitglieder Christina Buchheim und Andreas Höppner von Mitarbeitern von AfD-Abgeordneten bedrängt, erst verbal, dann auch körperlich. Ein Mitarbeiter des Innenausschussvorsitzenden Hagen Kohl (AfD) soll nach Medienberichten im Nachgang von Protesten gegen die AfD in Regensburg eine Schreckschusswaffe auf Menschen abgefeuert haben. Dem Polizisten und Abgeordneten Mario Lehmann (AfD) wird vorgeworfen, ein Mitglied seiner Fraktion verprügelt zu haben. Inzwischen prüft die Präsidentin des Landtags Sicherheitsmaßnahmen, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu erhalten. Als in Querfurt am Tag der Arbeit Journalistinnen und Journalisten aus einer AfD-Demonstration heraus wegen ihrer Arbeit mit dem Tod bedroht wurden, marschierte Hans-Thomas Tillschneider (AfD) in der ersten Reihe mit Neonazis auf und heizte die Stimmung weiter an. Distanzierungen von solchen Bedrohungen und solcher Gewalt erfolgen selten. Und das hat Gründe.

Nachdem Studierende in Magdeburg gegen einen Auftritt des damaligen Fraktionsvorsitzenden der AfD-Fraktion, André Poggenburg, demonstrierten, hielt dieser eine empörte Rede im Landtag. Er forderte die Anwesenden auf, ihn zu unterstützen, um „Wucherungen am deutschen Volkskörper“ – gemeint waren Diejenigen, die protestiert hatten – „endgültig loszuwerden“. Dieser Aufruf politische Gegnerinnen und Gegner zu vernichten, zeigt, zu welchen Mitteln die AfD greifen würde, wenn sie es könnte. Und dass sie sich zu ihren Aufrufen der Sprache und der Ideologie der Nationalsozialisten bedient.

Es ist also kein Zufall und kein Ausrutscher, wenn der aktuelle



AfD-Fraktionsvorsitzende Kirchner die zentrale Verschwörungsideologie vom angeblichen „Bevölkerungsaustausch“ (Neue Rechte), auch „Volkstod“ (Neonazis) genannt, im Landtag verbreitet. Es ist Teil des Programms der Fraktion. Dabei führt eine gewalttätige Ideologie und Sprache auch zu realer Gewalt.

Solange die extreme Recht im Landtag keine Mehrheiten hat, braucht sie andere, die ihrer Politik zum Erfolg verhelfen. In der Abstimmung über eine sogenannte „Enquete-Kommission Linksextremismus“, mit der die Fraktion ihre politischen Gegnerinnen und Gegner verfolgen will, waren es nicht wenige Mitglieder der CDU-Fraktion, die für diesen Antrag ihren Arm hoben. In der Debatte um die Arbeit des Demokratievereins Miteinander e.V. griffen AfD und CDU-Fraktion gemeinsam die Arbeit gegen Rechtsextremismus an, mit vehementer Unterstützung des Innenministers. Und als Neonazis und AfD-Abgeordnete die Absage eines Konzerts der linken Punkband „Feine Sahne Fischfilet“ im Bauhaus Dessau im Rahmen der Reihe ZDF@Bauhaus forderten, war die CDU sofort wieder zur Stelle. CDU-Minister Robra verteidigte die Absage auf Wunsch der extremen Rechten, die Fraktion sekundierte.

Damit macht die CDU-Fraktion nicht nur die Forderungen von Rechtsextremen zu welchen, über die demokratische Parteien ganz offen diskutieren müssten, sondern sie schließt sich ihnen in Teilen sogar an

und normalisiert sie damit. Unsere innenpolitische Sprecherin Henriette Quade meint dazu: „Die AfD steht nicht rechts von der CDU. Sie steht feindlich gesinnt diametral gegenüber dem demokratischen Spektrum mit allen seinen Unterschieden“. Genau diese Unterschiede, den politischen Streit als solchen und die Demokratie insgesamt will die „Neue Rechte“ abschaffen. Ihre völkische Ideologie behauptet, es gebe nur einen einheitlichen Volkswillen, den sie vollstrecken würde. Und wer zu diesem völkischen Volk gehört, das definieren die extremen Rechten nach ihren eigenen, willkürlichen Kriterien.

LINKE Politik streitet für eine Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst verschieden sein können und stellt sich an die Seite von Menschen, die für ihre Löhne kämpfen, für gute Pflege wie aktuell das Bündnis in Mansfeld-Südharz, an die Seite von Antifaschistinnen und Antifaschisten. Diesen Streit für bessere Lebensbedingungen für alle will sie mit demokratischen Mitteln führen und schon deswegen gilt es, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es nie wieder normal werden darf, dass Konservative mit Rechtsextremen gemeinsam Politik machen. Gewalt beginnt nicht in dem Moment, in dem jemand zu den Waffen greift. Sie beginnt schon viel früher. Auch damit, dass der extremen Rechten gezeigt wird, dass ihre Forderungen nicht zurückgewiesen werden, sondern umgesetzt. ◀



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

wieder ist ein Jahr zu Ende gegangen. Auch 2019 wird ein Jahr mit großen politischen Herausforderungen sein. Mit der mittlerweile dritten Ausgabe unserer Fraktionszeitung möchten wir Ihnen nochmals einen Überblick über unsere Arbeit im Landtag und die Themen, die uns am Herzen liegen, geben.

Dass wir uns dem gesellschaftlichen Rechtsruck – nicht nur hier in Sachsen-Anhalt – immer wieder entgegenstellen müssen und werden, hat auch das zu Ende gehende Jahr deutlich gemacht. Dazu gehört die direkte Auseinandersetzung mit der AfD und neuen Nazis im Parlament und auf der Straße. Dazu gehört aber auch, solidarische und sozial gerechte Politik zu gestalten, die Menschen mitnimmt, statt sie zurückzulassen.

Deshalb haben wir uns auch in diesem Jahr für gute Bildung mit ausreichend Lehrerinnen und Lehrern, für finanziell gut ausgestattete Kommunen, gegen Kinderarmut und für eine gute Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt eingesetzt. Straßenausbaubeiträgen haben wir den Kampf angesagt und auch von Sachsen-Anhalt aus kämpfen wir für ein solidarisches und soziales Europa.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und ein gutes Jahr 2019. Für Kritik und Hinweise zu unserer parlamentarischen Arbeit sind und bleiben wir immer für Sie ansprechbar.

Ihr Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender

Kinder haben ein Recht auf gute Zukunftschancen

Alle Jahre wieder kommt die Weihnachtszeit.

Und alle Jahre wieder hat die Freude auf diese besinnliche Zeit in vielen Familien einen faden Beigeschmack: Allein in Sachsen-Anhalt sind über 97.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. Für viele von ihnen wird es an Weihnachten wohl keine große Beschercung, kein üppiges Festmahl geben. Ihre Eltern erfüllt es oft mit Scham, wenn das Geld für ein neues Fahrrad, einen gemeinsamen Urlaub über die Feiertage oder auch nur für einen kurzen Ausflug nicht reicht.

„Natürlich spüren es meine Kinder, dass bei uns das Geld nicht locker sitzt. Meine kleinere Tochter kam letztes Jahr in der Weihnachtszeit mit einem Wunschzettel aus der Schule. Noch bevor ich ihn lesen konnte, hatte ihre ältere Schwester den Zettel an sich gerissen und meinte: ein Hochbett, das kann sich der Weihnachtsmann doch nicht leisten. Die Ältere weiß natürlich längst, was bei uns nicht drin ist und fragt gar nicht erst nach, damit ich nicht traurig werde. Klar macht mich das traurig, ich würde meinen Kindern gerne mehr bieten können“, erzählt uns eine Magdeburgerin, die anonym bleiben möchte.

Die Folgen von Kinderarmut sind weitreichend: Arme Kinder haben deutlich schlechtere Bildungschancen, sie sind häufiger krank, sie leben in einem ungesünderen Lebensumfeld, sie nehmen weniger am kulturellen Leben teil. Ihre Zukunftschancen sind schlechter. In vielen Fällen wird sich die Armut wie ein roter Faden durch ihr Leben ziehen.

„Diesen Zusammenhang bezeichnen wir als Armutskreislauf“, erklärt uns Monika Hohmann, kinder- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Wem es in seiner Kindheit an wichtigen Ressourcen mangelte, der hat später einen niedrigeren Bildungsabschluss, weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt, ist häufiger arbeitslos und ist im höheren Alter von Altersarmut betroffen. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, beinahe die Hälfte von ihnen gilt als armutsgefährdet. Wer in Armut lebt, stirbt durchschnittlich sogar 10 Jahre früher.“

Kinderarmut ist ein gesellschaftliches Armutszeugnis

Kinderarmut ist auch eine Folge der ungerechten Verteilung des Reichtums: Mittlerweile besitzen die 45 reichsten Deutschen so viel, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung! Während Reformen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik die hohen Einkommen entlastet haben, sind die realen Einkommen der unteren 40 Prozent gesunken. Besonders gravierend: Kinder- und Elterngeld – also Leistungen die den Kindern zu Gute kommen sollen – werden zu 100 Prozent auf Hartz IV angerechnet und damit ausgerechnet armen Familien de facto komplett gestrichen. Das von der Bundesregierung hochgelobte Bildungs- und Teilhabepaket hat sich als wirkungsloses Bürokratiemonster herausgestellt. Die im Bundestag angekündigte Kindergeldhöhung wird gerade bei den Kindern und Familien, die es am dringendsten brauchen, nicht ankommen.

„Es gibt derzeit keine wirksamen Maßnahmen der Bundesregierung gegen Kinderarmut. Wir sind der Meinung: Das geht gar nicht. Kinderarmut ist in einem reichen Land wie Deutschland ein absolutes Armutszeugnis. Es ist unsere Pflicht, jedem Kind die bestmöglichen Startchancen zu ermöglichen. Ein Leben oberhalb der Armutgrenze, soziale und kulturelle Teilhabe sind keine Verhandlungssache, sondern ein Grundrecht laut UN-Kinderrechtskonvention“, meint Eva von Angern, stellv. Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und Mitbegründerin des Netzwerk gegen Kinderarmut.

Gemeinsam gegen Kinderarmut

DIE LINKE. wird sich nicht damit abfinden, dass Kindern systematisch Zukunftschancen verbaut werden. Gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und anderen Partnerinnen arbeitet die Linksfraktion in einem Landesnetzwerk aktiv an einem Plan zur Bekämpfung von Kinderarmut. Das Ziel: Ein Umsteuern in der Familienförderung und der Sozialpolitik auf allen Ebenen. Dazu gehören auch eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung, die Erhöhung des Mindestlohns ebenso wie Investitionen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Kostenlose Angebote im kulturellen Leben und in der Kinderbetreuung, wie die stufenweise Abschaffung der KITA-Beiträge, sind weitere wichtige Schritte gegen Ausgrenzung und Armut. ◀

Mit Schmackes & Geschmack gegen Kinderarmut



Ob vegan oder mit Schokostreuseln und Kirschen, mit Quarkfüllung oder Zucker-glasur – es gibt unzählige Möglichkeiten schmackhafte Muffins zu backen!

Aber Muffins können mehr, als nur den Heißhunger auf Süßes zu stillen – nämlich auch einen Beitrag gegen Kinderarmut leisten. So haben wir anlässlich des Weltkindertages gemeinsam mit Vertreter*innen der AWO Magdeburg, Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt Muffins und dem Deutschen Familienverband gegen eine kleine Spende an Passant*innen am Magdeburger Hauptbahnhof verteilt. Das gesammelte Geld – 230,80 Euro – ging an den Verein Spielwagen e.V.. Der Magdeburger Verein unterstützt Kinder, Jugendliche und Familien in vielen Lebensbereichen und Lebenssituationen.

Dazu zählen neben der Schulsozialarbeit, der Betreuung in Konfliktsituationen und pädagogischen Angeboten auch Projekte und Veranstaltungen im Bereich Kultur, Kunst, Sport, Spiel, Medien und Handwerk.

Unsere Aktion diente aber nicht nur dem Spendensammeln. In vielen Gesprächen mit Bürger*innen haben wir auf das Problem Kinderarmut aufmerksam machen können und unheimlich viel Zustimmung für unser Engagement erfahren. Eine ordentliche Portion Spiel und Spaß für die Kleinen durfte natürlich nicht fehlen. Eine Hüpfburg, eine Kinderbaustelle und ein Spielmobil luden zum Austoben ein. ◀

Kinderherzen höher schlagen lassen



Alljährlich organisiert die Magdeburger Tafel in der Adventszeit für die Kleinsten die größte Weihnachtsfeier Magdeburgs: Mit Leckereien, Weihnachtslieder-Singen und Spiel und Spaß und natürlich mit Geschenken für Kinder aus Familien, die auf die Unterstützung der Tafel angewiesen sind. In der Landeshauptstadt handelt es sich hierbei um fast 2000 Kinder, die regelmäßig auf Nahrungsmittelspenden zurückgreifen müssen.

Unsere Fraktion hat die Aktion in diesem Jahr unterstützt und fleißig Geschenke zusammengetragen. Wir wollen Kindern damit vermitteln, dass sie wertvoll sind und eine glückliche, unbeschwertere Kindheit verdient haben. Ein Geschenk allein ist natürlich keine Lösung für das Problem Kinderarmut. Aber jede noch so kleine Geste und Spende, die ein Kinderlächeln ermöglicht, ist unschätzbar wertvoll. ◀

Andreas Höppner

wirtschaftspolitischer Sprecher



Was machst Du, wenn Du der Politik mal vollständig entkommen möchtest?
Das ist das Problem. Der Politik kann man nicht entkommen. Sie findet dich immer und überall. Sei es in der Dorfkneipe, im Wald oder auf einer Feier. Überall steckt Politik drin.

Stell Dir vor, Du könntest für einen Tag in die Rolle einer anderen Person schlüpfen. Welche Person wäre das?
Neil Armstrong. Erstens wollte ich mal Pilot werden und die Welt aus einer anderen Perspektive betrachten. Zweitens habe ich von Einigen des Öfteren vernommen, dass sie mich gerne mal auf den Mond schießen würden.

Deine schlechteste Angewohnheit?
§1: Ich habe immer recht! §2: Wenn ich einmal nicht Recht habe, dann siehe §1!

Mein größter Spleen ist?

Ich reduziere immer alles auf das Wesentliche und habe eine kleine Grundordnungsmacke. Soll heißen: Alles hat bei mir einen festen Platz und wenn das Teil dann mal nicht da ist, werde ich schon mal cholerisch.

Der schönste Ort neben meinem Heimatdorf Kloster Neuendorf ist für mich?
Mein Heimatdorf Kloster Neuendorf. Ich liebe das Dorfleben mit all seinen guten und schlechten Facetten.

Stell Dir vor, Du wärst kein Landtagsabgeordneter. In welchem Beruf würdest Du arbeiten wollen?
Als Projektingenieur oder Techniker. Ich hasse Routine und brauche immer mal wieder eine neue Herausforderung.

Was machst Du als erstes, wenn Du nach einem langen Arbeitstag abends nach Hause kommst?
Meine Frau begrüßen und sie fragen, ob sie diesen fremden Kerl wieder ins Haus lässt. Wenn ja, dann mache ich mir ein schönes Bier auf.

Welcher Star hing als Poster oder Bild in Deinem Jugendzimmer?
AC/DC – Ich war schon immer ein Fan der harten Töne und bin es immer noch. ◀

IM INTERVIEW:

Monika Hohmann

kinder- und familienpolitische Sprecherin



Was machst Du, wenn Du der Politik mal vollständig entkommen möchtest?
Mit meinen Enkelkindern zusammen sein, ihr herzhaftes und unbeschwertes Lachen genießen.

Stell Dir vor, Du könntest für einen Tag in die Rolle einer anderen Person schlüpfen. Welche Person wäre das?
Darüber habe ich noch nie nachgedacht. Ich bin froh, ich zu sein.

Was ist Deine schlechteste Angewohnheit?
Ich sage nur ungern „Nein“.

Mein größter Spleen ist?
Mit Kopfhörern Oldies hören und dabei allein zu singen und zu tanzen

Der schönste Ort neben meinem Heimatdorf Hedersleben ist für mich?
Der Ostseestrand. ◀

Stell Dir vor, Du wärst keine Landtagsabgeordnete. In welchem Beruf würdest Du arbeiten wollen?
Vor meiner Abgeordnetentätigkeit arbeitete ich lange Jahre als Lehrerin. Dies würde ich auch weiterhin sein wollen.

Was machst Du als erstes, wenn Du nach einem langen Arbeitstag abends nach Hause kommst?
Bequeme Sachen anziehen, Nachrichten lesen und dabei eine Tasse heißen Pfefferminztee trinken.

Welcher Star hing als Poster oder Bild in Deinem Jugendzimmer?
Weil ich mir gemeinsam mit meinen drei Schwestern ein Zimmer teilte, gab es nicht viele Möglichkeiten Poster an die Wand zu hängen. Da ich im Doppelstockbett unten schlief, habe ich an der Spanplatte vom oberen Bett kleine Poster von Elvis Presley, den Beatles, den Stones, aber auch von Marianne Rosenberg, Manuela und anderen angeklebt. Es hing sehr stark davon ab, welche Zeitschriften meine Oma aus dem Westen mitbrachte. ◀

Kristin Heiß

haushalts- und jugendpolitische Sprecherin



Was machst Du, wenn Du der Politik mal vollständig entkommen möchtest?
Laufen, so weit die Füße tragen. Gern auch klettern in der Halle, weil man sich da

auf jeden Handruff konzentrieren muss und die Politik komplett vergisst. Am besten funktioniert aber segeln, weil man in einer ganz anderen Welt ist, neue Dinge lernt, neue Menschen trifft und vollkommen weg ist vom Alltagsstress.

Stell Dir vor, Du könntest für einen Tag in die Rolle einer anderen Person schlüpfen. Welche Person wäre das?
Falls es jemanden gibt, der nach Belieben unsichtbar werden kann, dann definitiv diese Person.

Deine schlechteste Angewohnheit?
Ich kann sehr ungeduldig sein und möchte am liebsten alles sofort erledigen. Daher ist meine Taktfrequenz z.B. beim Sprechen und Nachdenken sehr hoch, was für mein Umfeld manchmal sicher eine Herausforderung ist.

Mein größter Spleen ist?
Zeitungen lesen! Ich habe ungewöhnlich viele Abos für Zeitungen und Zeitschriften. Dazu kommen noch diverse Wissens-Magazine, die ich online abonniert habe und lese; außerdem natürlich die Magazine, die wir als Abgeordnete zugeschickt bekommen, wie Wirtschaftswoche und Cicero.

Der schönste Ort neben meinem Heimatdorf Wolmirstedt ist für mich?
Die Burg Žuta Tabija auf den Hügeln über Sarajevo. Dort oben hat man einen phantastischen Blick über die gesamte Stadt. Weil es gelungen ist, nach dem Krieg und der langen Belagerung die drei dort lebenden Volksgruppen friedlich zu vereinen, ist dieser Ort für mich einer der schönsten und bedeutungsvollsten.

Stell Dir vor, Du wärst keine Landtagsabgeordnete. In welchem Beruf würdest Du arbeiten wollen?
Definitiv Hubschrauberpilotin! Ich sehe die Welt gern von oben und könnte als Pilotin eines Rettungshubschraubers außerdem vielen Menschen helfen. Ich könnte mir auch gut vorstellen, ein Restaurant zu eröffnen, in dem es vegetarisches und veganes Essen gibt.

Was machst Du als erstes, wenn Du nach einem langen Arbeitstag abends nach Hause kommst?
Meinen jüngsten Sohn in den Arm nehmen und ihn fragen, wie sein Tag war. Falls er schon schläft (was leider zu oft vorkommt), bekommt er einen Kuss auf die Stirn.

Welcher Star hing als Poster oder Bild in Deinem Jugendzimmer?
Die komplette Wand mit Take That! Außerdem ganz wichtig: Gillian Anderson und David Duchovny. ◀

Stefan Gebhardt

parlamentarischer Geschäftsführer



Was machst Du, wenn Du der Politik mal vollständig entkommen möchtest?

Zeit mit meinen Kindern verbringen oder ein paar Tage etwas weiter wegfahren. Toll ist es, wenn man beides miteinander koppelt.

Stell Dir vor, Du könntest für einen Tag in die Rolle einer anderen Person schlüpfen. Welche Person wäre das?
Die Rolle meiner Frau, damit ich selbst mal erlebe, wie ich so sein kann.

Was ist Deine schlechteste Angewohnheit?
Meine Ungeduld. Wer mich kennt, weiß, was ich meine.

Mein größter Spleen ist?
Das Sammeln von Schallplatten, vorzugsweise Singles. Ich kann wohl an keinem Plattenladen einfach so vorbeilaufen.

Der schönste Ort neben meinem Heimatdorf Hettstedt ist für mich?
Die Toskana. Bester Wein, tolle Landschaft, gutes Essen. Ersatzweise nehme ich auch das Seengebiet im Mansfelder Land, das nicht zu Unrecht als die „Toskana des Ostens“ bezeichnet wird.

Stell Dir vor, Du wärst kein Landtagsabgeordneter. In welchem Beruf würdest Du arbeiten wollen?
Als Krankenpfleger. Hab ich ja mal gelernt und ist ein toller Beruf.

Was machst Du als erstes, wenn Du nach einem langen Arbeitstag abends nach Hause kommst?
Mit der Familie reden, wie der Tag so war, uns gegenseitig zuhören und quatschen.

Welcher Star hing als Poster oder Bild in Deinem Jugendzimmer?
Da hingen extrem viele Stars an meiner Wand. Die aufzuzählen, würde hier den Rahmen sprengen. ◀

Wenn die Gesundheitsversorgung selbst schwer krank ist



baranq / stock.adobe.com

Sachsen-Anhalt ist ländlich geprägt und stellt sich seit Jahren den Herausforderungen des demographischen Wandels. Die Frage der Gesundheitsversorgung für die Menschen im Land ist damit untrennbar verbunden. „Ärztemangel“ ist eines der Schlagworte schlechthin im Rahmen der Debatte. Über 100 Hausarzt-Stellen sind derzeit nicht besetzt in Sachsen-Anhalt, obwohl bereits heute jeder achte Allgemeinmediziner das Rentenalter erreicht hat und immer noch weiter praktiziert.

Dazu gesellt sich der anhaltende Trend, kommunale Krankenhäuser und Kliniken zu privatisieren. Das Gesundheitssystem wird damit einem Wettbewerb ausgesetzt, der erhebliche Nachteile für Patient*innen und Beschäftigte nach sich zieht. Immer mehr drängt sich der Eindruck auf, dass Gesundheit wie eine Ware gehandelt wird und die Behandlung von Patient*innen von wirtschaftlichen Gründen abhängt. Stationen werden geschlossen, wenn Sie aus Sicht privater Betreiber nicht mehr rentabel sind. Zum Teil müssen Rettungswagen immer längere Wege fahren und Hilfsfristen können nur noch unzureichend eingehalten werden. Die Personalsituation an vielen Krankenhäusern ist katastrophal. Immer wieder hört man von Personalmangel, Überforderung, schlechten und verschlechterten Arbeitsbedingungen und abgewanderten Auszubildenden und Fachkräften.

Zusätzliche Belastungen

Nicht zuletzt ist die Situation der Hebammen, Entbindungspfleger und Familien-Hebammen in Sachsen-Anhalt in vielerlei Hinsicht problematisch. Die Geburtstationen vieler Krankenhäuser müssen schließen, weil Hebammen aufgrund ungünstiger Arbeitsbedingungen in andere Kliniken wechseln. Auch werdende Mütter sind somit zunehmend darauf angewiesen, in nicht wohnortnahen Krankenhäusern zu entbinden.

Familien-Hebammen, die zusätzlich zu ihren originären Aufgaben frühe Hilfen für betroffene Familien sicherstellen und somit doppelt gefordert sind, sowie freie Hebammen, Beleg-Hebammen und Entbindungspfleger haben keine einheitlichen Vergütungs- oder Arbeitsbedingungen. Ihre ohnehin problematische Lage wird dadurch zusätzlich belastet.

Kurzum: Das Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt, das kranken, verletzten und pflegebedürftigen Menschen eine qualitativ hochwertige Versorgung gewährleisten muss, ist selbst schwer krank. Für uns als Fraktion DIE LINKE ist das ein unhaltbarer Zustand. Im Landtag haben wir deshalb eine Enquete-Kommission auf den Weg gebracht, die sich unter dem Titel ‚Die Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt konsequent und nachhaltig absichern!‘ bis zum Ende der Wahlperiode 2021 diesem wichtigen Thema widmen wird. Dabei geht es um nichts Geringeres als um eine der wichtigsten Zukunftsfragen des Landes.

Enquete-Kommission

Ziel der Enquete-Kommission ist es, Strategien zu entwickeln und dem Landtag Vorschläge zu unterbreiten, wie die Gesundheitsversorgung - insbesondere in den Krankenhäusern - künftig personell, sächlich, finanziell, flächendeckend, qualitativ hochwertig und nachhaltig realisiert werden kann, sodass allen Bürger*innen - ob im urbanen oder ländlichen Raum - eine vollumfängliche medizinische Versorgung bzw. Notfallversorgung garantiert werden kann. Dazu braucht es zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse. In den Blick genommen werden etwa der Investitionsbedarf der Kliniken im Land, die Personal- und Fachkräftesituation sowie die derzeit vorhandenen und künftig benötigten Kapazitäten der einzelnen Häuser.

Nicht zuletzt sollen die Situation von Hebammen, Entbindungspfleger*innen und Familien-Hebammen sowie das ambulante und stationäre Angebot und dessen Vernetzung in Sachsen-Anhalt in den Fokus genommen werden.

Untersuchung und Diagnose zwingend notwendig

Um also im medizinischen Sprachbild zu bleiben: Zuerst muss der Patient Gesundheitsversorgung gründlich untersucht und eine richtige Diagnose gestellt werden. Erst dann kann die erfolgreiche Behandlung folgen, indem nachhaltige, qualitativ hochwertige und effiziente Strukturen für die Gesundheitsversorgung der Zukunft geschaffen und entsprechende Mittel dafür bereitgestellt werden. Die Enquete-Kommission, in der Vertreter*innen aller Landtagsfraktionen sitzen, wird mit Expert*innen, Praktiker*innen und Betroffenen zusammenarbeiten und deren Expertise in ihre Arbeit einfließen lassen. Für uns als Fraktion DIE LINKE ist es eine Herzensangelegenheit und zwingend notwendig, die Enquete-Kommission - und damit einen Heilungsprozess für das angeschlagene Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt - auf den Weg zu bringen. ◀

Lebensmittel gehören nicht in die Mülltonne

Jeder kennt das: Der Jogurt in der hintersten Ecke des Kühlschranks ist in Vergessenheit geraten und nicht mehr genießbar. Die Suppe von vorgestern hätte wohl besser gekühlt werden sollen und auf den letzten Scheiben des Brotleibes erstreckt sich plötzlich eine blauweiße Schimmelpilzkultur. Nicht alles, was im Kühlschrank oder im Kochtopf landet, findet seinen Weg in unseren Magen. Doch das tatsächliche Ausmaß dieser Ressourcenverschwendung ist wesentlich größer, als man sich vorstellen mag: **Ca. 18 Millionen Tonnen** Lebensmittel landen in Deutschland jährlich im Müll und damit fast ein Drittel des gesamten Lebensmittelverbrauchs. Umgerechnet entspricht das der Entsorgung von **313 kg** genießbarer Nahrungsmittel pro Sekunde! Jede*r Deutsche wirft durchschnittlich rund **85 Kilogramm Lebensmittel pro Jahr** weg.

Eine Lebensmittelverschwendung solch großen Ausmaßes ist weder ethisch noch ökologisch verantwortbar. Sämtliche Lebensmittel, die „für die Tonne“ produziert werden, haben Treibhausgasemissionen verursacht, die den Klimawandel befeuern – bei der Düngung angefangen, beim Transport, der Lagerung, der Kühlung, Weiterverarbeitung bis hin zur Entsorgung. Eine Reduzierung der Nahrungsmittelabfälle käme daher der Umwelt zugute und würde unseren Klimafußabdruck spürbar verkleinern.

Geradezu zynisch ist die Vernichtung genießbarer Lebensmittel – weltweit **1,3 Milliarden Tonnen** – vor dem Hintergrund, dass **über 800 Millionen Menschen** auf der Welt an Hunger leiden. Dies zeigt letztlich auch, dass dem Welthunger kein Produktions- sondern ein Verteilungsproblem zugrunde liegt. Hierzulande bedeutet Armut zwar nicht den tagtäglichen Kampf ums nackte Überleben, dennoch sind **ca. 1,5 Mio. Menschen in Deutschland** auf Nahrungsmittel aus Tafeln angewiesen. Gleichzeitig klagen die Tafeln in Sachsen-Anhalt über teils rückläufige Lebensmittelspenden.

Lebensmittel verbrauchen statt verschwenden

Unsere Fraktion hat bereits vor zwei Jahren einen Antrag im Landtag eingebracht, der darauf abzielt, der sinnlosen und vermeidbaren Verschwendung von Lebensmittel einen Riegel vorzuschieben. Auf Bundesratsebene wollen wir eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, die vorsieht, dass Lebensmittelgroß- und Einzelhändler keine genießbaren Lebensmittel mehr entsorgen dürfen, sondern diese stattdessen Wohltätigkeitsorganisationen spenden müssen. Dadurch würden Lebensmittel gerettet und bedürftigen Mitmenschen zugutekommen. Zwar spenden bereits einige Händler und Caterer in Deutschland ihre nicht-verkauften Lebensmittel an soziale Einrichtungen wie die Tafel, allerdings gibt es immer noch viele schwarze Schafe, die das bisher noch nicht freiwillig machen.



FloKu. / photocase.de

Ganz neu ist diese Idee übrigens nicht. In Frankreich sind Händler seit zwei Jahren gesetzlich dazu verpflichtet, unverkaufte Nahrungsmittel zu spenden, zu verarbeiten, als Tierfutter zu verwenden oder zu kompostieren. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Qualität und Vielfalt der Lebensmittel, die die französischen Tafeln an Bedürftige verteilen, hat sich deutlich erhöht.

Natürlich sind nicht nur Politik und Wirtschaft gefragt, der Ressourcenverschwendung ein Ende zu bereiten. Jeder Einzelne kann seinen oder ihren Beitrag dazu leisten. Über Foodsharing-Plattformen können Sie überschüssige Lebensmittel kostenlos anbieten oder abholen. Auch müssen Lebensmittel, deren Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist, nicht per se weggeworfen werden. In den meisten Fällen können Sie diese auch noch einige Tage später bedenkenlos verbrauchen.

Denn eins ist klar: Nahrungsmittel verdienen in vielerlei Hinsicht Wertschätzung und nicht den Weg in die Mülltonne. ◀

Unmut über Unterrichtsversorgung wächst – Volksbegehren in Vorbereitung

Im Jahr 2017 unterstützte Die LINKE im Bündnis „Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!“ zusammen mit dem Landeselternrat und vielen Lehrerorganisationen erfolgreich eine Volksinitiative, die fast 100.000 Unterschriften für eine bessere Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiter*innen sammelte. Anfang des Jahres 2018 positionierte sich der Landtag nach langem Gezerre in einem windelweichen Beschluss zu den Forderungen der Volksinitiative und versprach Besserung. Getan hat sich aber bis heute so gut wie nichts.

Nach wie vor werden zu wenige Stellen ausgeschrieben und diese zu spät und zu unflexibel. Im Ergebnis reichen die Neueinstellungen noch immer nicht aus, um die ausscheidenden Lehrkräfte zu ersetzen und wieder mehr Lehrer*innen vor die Klassen zu bringen.

Bei weiter steigenden Schülerzahlen bedeutet das immer mehr Unterrichtsausfall und steigende Belastungen für die Lehrkräfte.

Die Folge ist eine drastische Zunahme der Abwesenheit von Lehrkräften durch Krankheit. Dabei fallen immer mehr Lehrkräfte durch Langzeiterkrankungen oder eine Erwerbsunfähigkeit dauerhaft aus. Sie werden ebenso wenig ersetzt, wie die zunehmende Zahl junger Lehrer*innen, die wegen der Betreuung ihrer Kinder in Elternzeit längere Zeit der Schule nicht zur Verfügung stehen.

Unklar ist auch die Qualifizierung der vielen Seiteneinsteiger, die derzeit zu Hunderten in die Schulen geschickt werden, denen aber das pädagogische Rüstzeug fehlt, um vor der Klasse bestehen und gut unterrichten zu können.

Letztlich windet sich die Regierung, wenn es um die Fortführung der an vielen Schulen etablierten und unverzichtbaren Arbeit für Schulsozialarbeiter*innen geht. Dies alles führt zu steigenden Unmut bei den Eltern und zu berechtigten Sorgen um die Zukunft unseres Schulsystems.

Im Bündnis wird deshalb für das kommende Jahr ein Volksbegehren vorbereitet, durch das im Schulgesetz verbindliche Vorgaben für den Einsatz von Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Schulsozialarbeiter*innen eingeführt werden sollen. Dafür sind allerdings 200.000 Unterschriften erforderlich, eine echte Herausforderung für alle Bündnispartner und Unterstützer. ◀

Die Kommunen sind die Lebensorte der Menschen

Wir haben mit Halberstadts Oberbürgermeister Andreas Henke über linke Kommunalpolitik gesprochen

Lieber Andreas, Du bist Oberbürgermeister der Stadt Halberstadt und Mitglied der Partei DIE LINKE. Was zeichnet linke Kommunalpolitik Deiner Meinung nach aus?

Kommunalpolitik greift unmittelbar in die Lebenswirklichkeit und Lebensbedingungen der Bürger*innen und Einwohner*innen ein. Sie ist also nach meinem Verständnis dann links, wenn sie diese Wirkung berücksichtigt. Deshalb muss bei jedem Vorschlag, jedem Gestaltungsprozess und bei jeder Entscheidung die Frage nach der Wirkung gestellt werden, d. h., was und wie kommt es bei den Menschen an, wie berührt es deren Lebensqualität, welche sozialen Folgen sind zu erwarten und ist eine Nachhaltigkeit gegeben, dass auch generationsübergreifend spürbare positive Effekte erzielt werden.

Was sind Deine größten Erfolge als Oberbürgermeister der Stadt Halberstadt?

Erfolge in der Kommunalpolitik sind nie Erfolge eines Einzelnen. Ein Oberbürgermeister kann als Verwaltungsspitze Impuls geben, Diskussionen anstoßen und ihnen Inhalt und Richtung verleihen. Entschieden wird letztendlich im Stadtrat, da habe ich eine von einundvierzig Stimmen. Insofern ist jede Entscheidung ein Erfolg, die eben das berücksichtigt, was ich in der vorhergehenden Frage als linke Kommunalpolitik beschrieben habe. Halberstadt hat sich in zwölf Jahren meiner bisherigen Amtszeit positiv entwickelt. Schuldenabbau, Wirtschaftskraft, Städtebau, Kultur und Bildung, um nur einige wichtige Handlungsfelder anzureißen. Insofern kann ich durchaus von zwölf erfolgreichen Jahren sprechen. Halberstadt hat viel Positives und Vorzeigbares zu bieten.

Wir hören oft, dass die Kommunen zu wenig Geld haben. Linke Politik bei knappen Kassen – funktioniert das?

Durchaus! Auch bei knappen Kassen lässt sich bürgerfreundliche und damit linke Kommunalpolitik verwirklichen. Knappe Kassen haben überwiegend meine Amtszeit geprägt.

Viele Jahre konnten Haushalte nicht ausgeglichen werden, standen wir immer wieder vor der gesetzlichen Forderung über drastische Sparpläne einen Ausgleich darzustellen. Dass es uns in Halberstadt trotzdem gelungen ist, den Schuldenberg um die Hälfte zu reduzieren – wir reden über achtstellige Beträge –, dass wir trotzdem sichtbare Stadtentwicklung zu verzeichnen haben, dass die Wirtschaftskraft deutlich zugelegt hat, dass die Salden in der Wanderungsbewegung positiv sind, dass Sparmaßnahmen die Bürger*innen nur marginal berührt haben und – was ich für ganz wichtig halte – die kulturelle Vielfalt über die Jahre erhalten blieb, ist ein Beleg dafür.



Welche Verantwortung siehst Du bei der Landesregierung, damit sich die Finanzsituation der Kommunen verbessert?

Neben der eigenen Verantwortung in Politik und Verwaltung für Stadtentwicklungsprozesse, für Lebensqualität mit allen Facetten, die sie ausmachen – Wohnraum, Arbeit, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung, Bildung, Kultur, Freizeit, Verkehr und vieles mehr – sollten Vertreter von Bundes- und Landespolitik vor allem eines anerkennen: Kommunen sind die Lebensorte der Menschen und Orte der Wertschöpfung. Hier werden Einkommen und Steuern generiert, hier erfahren Menschen Kultur, schulische, soziale und politische Bildung. Mit anderen Worten: Städte und Gemeinden sind Ausgangspunkt und Motor der Entwicklung des Landes. Daraus resultiert eine gesetzgeberische Verantwortung, vertikale Finanzbeziehungen so zu verfassen, dass Kommunen auskömmlich mit Finanzmitteln ausgestattet werden.

Wie macht sich Deine Verwaltung Digitalisierungsprozesse zunutze? Welche Vorteile bringt die Digitalisierung mit sich?

Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und Kommunikation mit Partnern – Bürger*innen, Wirtschaft, gesellschaftliche Einrichtungen – sind für uns vordringliche Aufgaben geworden. Digitalisierung ist ein Muss für Vereinfachung, Optimierung, Effizienz und Transparenz. Dazu werden verwaltungsintern mehrere Projekte, Hard- und Software – sowie Prozesslösungen parallel umgesetzt. Gleichzeitig widmen wir uns mit Partnern dem Zukunftsthema „Smart City“.

Welche Schwerpunkte siehst Du bei der Stadtentwicklung in puncto Mobilität und Klimaschutz?

Mobilität und Klimaschutz sind Themen, die ihren Eingang in unser Integriertes Stadtentwicklungskonzept gefunden haben. Gerade der Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die mehrere Handlungsfelder der Kommune berührt. Klimawandel und seine Folgen sind in Städten spürbar, lange Hitze- und Trockenperioden, Hochwasser oder Starkregenereignisse haben auch Halberstadt beschäftigt. Daraus erwächst die Aufgabe, Klimaschutzmaßnahmen auf lokaler Ebene zu verwirklichen – unser Beitrag zur Energiewende – und Städte gegen die Risiken des Klimawandels resilienter zu machen. Damit stärken wir auch den Wohlfühlfaktor für die Einwohner*innen. Themenfelder sind unter anderem der Städtebau und seine Planung, Geschäftsfelder des eigenen Stadtwerkes oder eben auch Verkehrsplanung und Mobilitätsentwicklung. Dabei spielt der Straßen- und Radwegebau ebenso eine Rolle wie die Qualität und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs.

Kommunalpolitik lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Bürger*innen. Stell Dir vor, Du bist im Gespräch mit einer Bürgerin deiner Stadt. Wie begeisterst Du sie, sich aktiv in Deiner Kommune einzubringen?

Teilhabe und Ehrenamt sind zwei gesellschaftliche Normative, die in Halberstadt hoch im Kurs sind. Wir haben in unserer Stadt in der Tat ein sehr breites und vor allem auch spürbares ehrenamtliches Engagement, einer unserer Halberstädter Schätze! Das reicht von der praktischen Mitwirkung bis zur ideellen und finanziellen Unterstützung. Wichtig ist vor allem die Tatsache, dass Menschen das Gefühl vermittelt bekommen, dass sie gebraucht werden, dass das Gelingen von Vorhaben auch von ihrem Beitrag abhängt, dass wir in Politik und Verwaltung auf ihre Mitwirkung, ihr Sich-Einbringen großen Wert legen. Genauso wichtig ist auch die anschließende Wertschätzung und Würdigung. Das schafft Vertrauen und Bereitschaft. Offenheit, Verständnis, Anerkennung sind eine wichtige Basis, um Menschen für die Mitgestaltung ihres eigenen Lebensumfeldes zu gewinnen. ◀

Es ist eine Gerechtigkeitsfrage: Straßenausbaubeiträge abschaffen!

Viele Bürger*innen Sachsens-Anhalts kennen das: Eines Tages flattert ein Bescheid über zu zahlende Straßenausbaubeiträge ins Haus und dann macht es sich zunächst ganz gut, wenn eine Sitzgelegenheit in der Nähe ist. Wenn sich Grundstücksbesitzer*innen am Ausbau und der Sanierung anliegender Straßen beteiligen sollen, sind vier- oder sogar fünfstelligen Beträge keine Seltenheit. Die Gesetzeslage in Sachsen-Anhalt verpflichtet sie dazu.

Nicht mehr lange, wenn es nach der Fraktion DIE LINKE geht. Im Landtag haben wir die Gesetzesinitiative ergriffen, mit dem Ziel, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Ganz klar muss hier die Gerechtigkeitsfrage gestellt werden: Entsteht mit einer besseren Straße vorm Haus denn wirklich ein individueller Vorteil, weil das Grundstück aufgewertet wird, oder dienen bessere Straßen und Fußwege nicht vielmehr der Allgemeinheit? Wir meinen, Letzteres ist der Fall. Dass es zudem keine Rolle spielt, inwiefern Grundstücksbesitzer*innen die eingeforderten Beiträge überhaupt zahlen können, ohne an den Rand der Existenz getrieben zu werden, ist ein Problem, das nachvollziehbar als ungerecht empfunden wird. Bewegung ist allemal in die Diskussion gekommen. So wurden in Bayern die Straßenausbaubeiträge im vergangenen Jahr abgeschafft. Auch in Sachsen-Anhalt wird die Debatte seit Längerem geführt und hat inzwischen ebenfalls die Koalitionsfraktionen erreicht. Wir haben nun als erstes einen konkreten Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser berücksichtigt auch, dass den Städten und Gemeinden Einnahmen entgehen, wenn die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Wir meinen, dass hier das Land in der Pflicht steht und diese Einnahmeausfälle über höhere Zuweisungen über das Finanzausgleichsgesetz kompensiert werden müssen.

Schon mit Wirkung zum 1. Januar 2019 wollen wir die Straßenausbaubeiträge abgeschafft haben, um Bürger*innen zu entlasten. Wir sind optimistisch, dass sich mit unserem Vorstoß die Koalitionsfraktionen nun richtig bewegen und es ihrerseits nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt. ◀



Matthew Hamilton (Unsplash)

Solidarität ist wichtiger als militärische Interventionen und Marktliberalisierung

Es ist jetzt knapp 20 Jahre her, dass im Landtag von Sachsen-Anhalt erstmals ein Ausschuss für Europapolitik eingerichtet wurde. Damals wusste noch niemand so richtig, worum es bei dieser Europapolitik eigentlich geht. Selbst für Berufspolitiker war zumindest im Osten der Bundesrepublik die Europäische Union ein Gebilde, das weit weg war und auch niemanden so richtig anhub. Aber all das hat sich gewaltig geändert.

Zwar ist in der Bundesrepublik Deutschland die Position zur Europäischen Union noch nicht die zentrale wahlentscheidende Frage, wie wir es inzwischen aus Großbritannien, Frankreich oder Griechenland kennen. Aber die Stammtische hat die Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union fast genauso erreicht, wie die Auswertung des letzten Spieltages der Bundesliga. Das ist eine wirklich gute Entwicklung, denn dadurch bekommt die Europapolitik den Stellenwert in der politischen Diskussion, den sie in unserem täglichen Leben bereits hat.

Natürlich können wir im Landtag von Sachsen-Anhalt die wirklich großen Fragen der Europäischen Union nicht entscheiden.

Trotzdem ist es wichtig, dass sich Sachsen-Anhalt und wir als Fraktion DIE LINKE zu Wort melden.

Viele Menschen haben inzwischen Angst, dass die Europäische Union auseinanderbricht. Dass in Europa - wie schon einmal im letzten Jahrhundert - der Nationalismus Oberhand gewinnt und letztlich die Gefahr des Krieges wächst. Allerdings gibt es auch in Sachsen-Anhalt viele Menschen, die skeptisch nach Brüssel schauen. Zwar kommen von dort viele wichtige Fördermittel für das Land, mit denen Straßen gebaut, Schulen saniert und Weiterbildungslehrgänge finanziert werden. Aber eben auch Entscheidungen wie das Verbot einer Tarifbindung im Vergabegesetz oder der Druck, öffentliche Güter wie die Wasser- und Stromversorgung zu privatisieren.

Wir werden uns auch weiterhin im Landtag dafür einsetzen, dass in der europäischen Politik Solidarität und Zusammenhalt wichtiger werden als militärische Interventionen oder eine Marktliberalisierung, bei der es nur um Profitmaximierung und nicht um die Interessen der Menschen geht.

Allerdings wissen wir auch, dass die soziale Absicherung heute nicht mehr in einem einzigen Nationalstaat zu machen ist.

Uns muss es gelingen, die Standards für Arbeitnehmerrechte und die Besteuerung von Unternehmen in der gesamten Europäischen Union so abzusichern, dass keine Abwanderung von Arbeitsplätzen in das billigste Land mehr droht. Wir wissen auch, dass die Fragen von Umweltschutz, Migration oder Verkehrspolitik nicht von einem europäischen Land allein gelöst werden können. Wenn zum Beispiel einige versprechen, dass in Deutschland alles super wird, wenn man nur die Grenzen schließt, ist das eine Illusion, die nicht nur falsch sondern auch gefährlich ist. Gerade Deutschland und auch Sachsen-Anhalt sind darauf angewiesen, dass sich Europa insgesamt entwickelt.

Deswegen orientieren wir unsere Parlamentsarbeit darauf, die soziale Sicherheit für alle Menschen, die in der Europäischen Union leben, auszubauen. Dazu gehört vor allem, dass in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union ab 2021 weiterhin Geld für Schulsozialarbeiter oder den Ausbau von Dorfgemeinschaftshäusern in Sachsen-Anhalt zur Verfügung steht und dies nicht für Rüstungsprojekte oder die militärische Abwehr von Flüchtlingen aus der Dritten Welt ausgegeben wird. ◀



Sara Kurfeß (Unsplash)

Nach unseren Lösungsideen, noch ein Rätsel:

6			5		8	3		4
					1			
		4	9		2	1		6
						7		
4		3						
8	5			6		2	3	
7	9	2	8	1				3
3		5		9	7		1	8
					3		7	

	8		7	3	6		2	
	7	6	2			1		
		2						
8	5			7	3		9	6
				9				4
	4	9	5				7	8
2							3	
9			1		4	8	6	5
	1	8	3					

<http://www.kompf.de/sudoku>

Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5605003

Fax: 0391/5605008

E-Mail: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

V.i.S.d.P.: Katja Müller, Pressesprecherin

Redaktion: Katja Müller, Karsten Stöber

Fotos: Katja Müller,
Karsten Stöber,
René Eler,
baranq / AdobeStock
FloKu. / photocase.de,
Matthew Hamilton (Unsplash),
Sara Kurfeß (Unsplash)

Hinweis: Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.



Jederzeit nah dran

Wir sind natürlich nicht nur im Landtag anzutreffen oder über diverse digitale Kanäle zu erreichen. „Jederzeit nah dran“ so das Motto unserer regelmäßigen Fraktionsveranstaltungen, mit denen wir jedes Mal eine andere Stadt oder Gemeinde des Landes bereisen. Auf Marktplätzen oder in Fußgängerpassagen kommen wir mit den Menschen vor Ort ins Gespräch,

informieren über unsere Arbeit, hören uns an, wo der Schuh drückt, beantworten Fragen und nehmen Kritik aber gerne auch Lob entgegen. Halten Sie also Augen und Ohren offen. Vielleicht sehen wir uns demnächst auch bald in Ihrer Stadt oder Gemeinde. ◀

Wir im Netz



www.dielinke-fraktion-lsa.de



facebook.com/FraktionDIELINKE.LSA



flickr.com/photos/linksfraktionlsa



twitter.com/LinksfraktionSt



instagram.com/linksfraktion_lsa